Deutscher Bundestag
2. Wahlperiode
1953

Drucksache 3250

Antrag

der Abgeordneten Frau Dr. h. c. Weber (Aachen), Birkelbach, Dr. Dr. h. c. Pünder, Dr. Mommer, Dr. Leverkuehn, Dr. Reif und Genossen

betr. Gemeinsame europäische Sozialpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

in Anbetracht der Fortschritte, die die Einigung Europas auf wirtschaftlichem Gebiet macht, und in Würdigung der Empfehlung 113*) der Beratenden Versammlung des Europarates, den Bemühungen verschiedener europäischer Institutionen und Organisationen um eine gemeinsame europäische Sozialpolitik erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und dem Plan, im Rahmen des Europarates regelmäßige Konferenzen der Sozialminister der Mitgliedstaaten einzuberufen, im Ministerkomitee des Europarates ihre Zustimmung zu geben.

Bonn, den 5. März 1957

Frau Dr. h. c. Weber (Aachen)
Dr. Dr. h. c. Pünder
Dr. Leverkuehn
Gräfin Finckenstein
Haasler
Dr. Kopf
Dr. Lenz (Godesberg)
Lücker (München)
Frau Dr. Maxsein
Dr. Oesterle
Schütz
Seidl (Dorfen)
Dr. Serres

Birkelbach
Dr. Mommer
Altmaier
Erler
Jacobs
Frau Meyer-Laule
Metzger
Paul

Dr. Reif

*) *siehe Anlage*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, Bulsdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg, Rheinallee 20
Telefon 2551

Anlage

Empfehlung 113 betreffend die Koordination der Sozial- und Arbeitspolitik der Mitgliedstaaten des Europarates

(Kurze Inhaltsangabe)

Um eine einheitliche europäische Sozialpolitik in die Wege zu leiten, ist es unbedingt erforderlich, eine Koordinierung der Methoden und Maßnahmen der nationalen Sozialverwaltungen herbeizuführen. Zu diesem Zweck wäre eine regelmäßige Konferenz der europäischen Sozialminister einzuberufen.